



Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Rathausstraße 11
58095 Hagen

Telefon: 02331 207-5529

Fax: 02331 207-5530

E-Mail: fraktion@fraktion-hagen-aktiv.de

Internet: www.fraktion-hagen-aktiv.de

Hagen, 11. Juni 2010

**Fraktion Hagen Aktiv
Pressemitteilung (PM 009/2010)**

HAGEN AKTIV für kommunale Selbstverwaltung und nachhaltige Stadtentwicklung

In der gestrigen Ratssitzung gab der Tagesordnungspunkt „Neubau des Tierheims“ erneut Anlass zu kontroversen Diskussionen. Trotz des ablehnenden Bescheids des Verwaltungsgerichts Arnsberg zum Eilantrag der Stadt Hagen fordern SPD, Grüne und Hagen Aktiv weiterhin eine juristische Klärung dieses in Deutschland wohl einzigartigen Falles. Einzigartig, weil der amtierende Regierungspräsident in Arnsberg seit Monaten das Recht der Stadt Hagen auf freie Selbstverwaltung mit Füßen tritt und durch sein Handeln der Stadt weiteren finanziellen Schaden zufügt. Die Bezirksregierung macht sich bei ihrem Vorgehen zunutze, dass die Stadt Hagen aufgrund ihrer finanziellen Notlage nahezu handlungsunfähig ist.

Den Fraktionen SPD, Grüne und Hagen Aktiv ging es nicht mehr allein um den zwingend erforderlichen Neubau des Tierheims, sondern um die grundsätzliche Klärung des verfassungsrechtlichen Anspruchs auf eine freie Selbstverwaltung der Kommunen. Mit insgesamt 30 Stimmen konnten sie ihre Forderung nach einer juristischen Klärung dieses Sachverhalts mehrheitlich im Rat durchsetzen.

Freie Selbstverwaltung bedeutet, dass die Stadt Hagen – und nicht Arnsberg - kommunale Entscheidungen und Aktivitäten auch weiterhin in Eigenregie übernimmt. Hagen Aktiv ist bis dato die einzige Fraktion im Rat, die bei der Haushaltsverabschiedung im Mai konkrete Wege und Praxisbeispiele aufgezeigt hat, wie man der aktuellen Notlage entkommen und die Stadt Hagen auf eine zukunftsfähige und nachhaltige Basis stellen kann.

Bereits im Mai hat Hagen Aktiv im Rahmen der Haushaltsrede eine zumindest temporäre Steueranhebung zum Erhalt der Infrastruktur in Hagen in Erwägung gezogen. Mittlerweile kommt auch von Seiten der etablierten Parteien Bewegung in diesen Prozess. Beim

Stammtisch „Wir in Oege“ sprach OB Dehm noch beiläufig darüber, dass eine Anhebung der Grund- und Gewerbesteuer unvermeidbar sei. Nach den Landtagswahlen in NRW werden die etablierten Parteien auf kommunaler Ebene wieder ihren Handlungsspielraum nutzen, so dass aufgrund der leeren Stadtkassen davon auszugehen ist, dass der Prozess der Steueranpassungen schnell an Fahrt aufnehmen wird. Nicht nur in Hagen.

„Wir begrüßen diesen aktuell noch zögerlichen Vorstoß, werden solche für den Bürger einschneidenden Maßnahmen allerdings nur dann aktiv unterstützen, wenn diese temporär begrenzt und transparent dargestellt werden und somit die Sinnhaftigkeit für uns Bürger auch erkennbar ist. Da wir befürchten, dass Steueranpassungen lediglich zur Deckung von Finanzdefiziten vorgesehen sind, fordern wir im Vorfeld die Festlegung von Regeln, nach denen die Mehreinnahmen in die Infrastruktur der Stadt Hagen investiert werden müssen und somit unserer aller Lebensqualität zu Gute kommen“, so Fraktionschef Bücken.

Dass Hagen Aktiv sich um die Zukunft der Stadt Hagen sorgt, zeigt die Tatsache, dass man im Rat eine detaillierte Anfrage zur Bahnhofshinterfahung und deren Folgekosten gestellt und sich nochmals zu den Erschließungsplänen der Haßleyer Insel ablehnend geäußert hat.

Analog zur Haushaltsrede spricht Hagen Aktiv sich weiterhin gegen eine Erschließung der Haßleyer Insel und eine Zersiedelung der Landschaft aus. Stattdessen soll der Innenstadt- und Bahnhofsbereich aufgewertet werden. Hierfür wünscht sich Hagen Aktiv eine Ansiedlung der Enervie AG unmittelbar hinter dem Bahnhof. Vorteile für die Stadt Hagen sind die Erschließung der bereits durch die Stadt erworbenen Gewerbeflächen, eine Optimierung der Vermarktungsmöglichkeiten für Neuansiedlungen in diesem Areal, eine Aufwertung des gesamten Bahnhofs, eine verbesserte Anbindung zwischen Bahnhof und Innenstadt sowie der Erhalt der Kaufkraft für den städtischen Einzelhandel. Hagen Aktiv sieht hierin große Chancen für eine nachhaltige Stadtentwicklung.

Bei einer Realisierung der beabsichtigten Bahnhofshinterfahung gibt Fraktionschef Bücken außerdem zu bedenken, dass aufgrund der hohen Kapitalbindung weitere investive Maßnahmen für die Stadt Hagen bis Ende dieses Jahrzehnts nicht mehr möglich sind. Durch derartige Leuchtturmprojekte und ein drohendes Diktat aus Arnsberg ist das Ziel einer freien Selbstverwaltung maßgeblich gefährdet.